



Foto: SCHLITT

Klimawandel in der deutschen Gesundheitspolitik – darauf deutet der Optimismus der Akteure im Gesundheitswesen hin. Zwar ist er nicht immer nachvollziehbar, dennoch verlief die Eröffnung des 113. Deutschen Ärztetages in Dresden so harmonisch wie schon seit Jahren nicht mehr – weder nennenswerte Demonstrationen vor dem Tagungsort noch Unmutsbekundungen während der Rede des Ministers. Die Ärzte läuteten das Zeitalter der neuen Dialogkultur ein. Ob der Gesundheitsminister am Ende ihre Wünsche erfüllt, ist aber fraglich. Beim Ruf nach mehr Geld – einer der wichtigsten Forderungen – sind sie bereits abgeblitzt. Auch beißt der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, bei seinem Lieblingsthema, der Priorisierung, im Bundesgesundheitsministerium auf Granit. Ob das an dem ungeliebten Wort „Priorisierung“ liegt, wie Hoppe vermutet, kann bezweifelt werden. Bei anderen Problemen im deutschen Gesundheitswesen, wie beim befürchteten Ärztemangel, wollen Politiker und Ärzte gemeinsam nach Lösungen suchen.

Gesundheitsminister Rösler auf dem 113. Deutschen Ärztetag

# Philipp, der Ärzteflüsterer

Von Eugenie Wulfert

Mit dramatisch klingenden Worten eröffnete Hoppe den Deutschen Ärztetag. Über Jahre habe man gekämpft, um mit den Sorgen und Problemen gehört zu werden. Man habe protestiert und demonstriert. „Heute müssen wir nicht mehr kämpfen“, sagte Hoppe und schaute hoffnungsvoll in den Saal der Semperoper zum Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP). Der Minister habe ein offenes Ohr für die Probleme im Gesundheitswesen. Seit einem halben Jahr herrsche eine neue Dialogkultur zwischen den Akteuren, versicherte Hoppe. Zu allen wichtigen Themen wurden gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium Arbeitsgruppen gebildet, in denen „sachgerecht und zügig Lösungsvorschläge erarbeitet“ würden. Der Ärztekammer-Präsident zeigte sich zuversichtlich, dass es diesmal „einen großen Schritt“ vorangeht.

**Ärztemangel ist bereits jetzt Realität**

Diese Arbeitsgruppen haben viel zu tun. Auch in der Politik und in den Medien wird nun der drohende Ärztemangel diskutiert. Oft wird die in den letzten Jahren gestiegene Zahl der Mediziner als Argument gegen die Horrorszenarien der Ärztefunktionäre vorgebracht. Es helfe aber nicht, entgegnete Hoppe in seiner Rede, auf die gestiegene Gesamtzahl der Ärzte zu verweisen, wenn die tatsächlich zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden sinken. Das liege unter anderem an den Lebensentwürfen der nachrückenden Generation, die auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt.

Eine Umfrage der Bundesärztekammer habe gezeigt, dass Ärzte in Weiterbildung den ökonomischen Druck im Arbeitsalltag als eine enorme Belastung empfinden. Die Stellen im ärztlichen

Dienst würden reduziert, beklagte der BÄK-Präsident. Das führe zu einer extrem hohen Arbeitsbelastung. Zunehmend würden junge Ärzte durch die Bürokratie mit nichtärztlichen, organisatorischen und administrativen Tätigkeiten beansprucht. Diese Zeit fehle in der medizinischen Versorgung der Patienten. Hoppe forderte die Politik auf, die Rahmenbedingungen der ärztlichen Arbeit schnell und deutlich zu verbessern.

**Numerus clausus „überbewertet“**

Um den befürchteten Ärztemangel zu vermeiden, müsse der Arztberuf attraktiver werden. Da müsse man bereits mit dem Medizinstudium ansetzen. So sollten Studierende frühzeitig Erfahrungen mit den Patienten sammeln. Die Delegierten folgten dem Entschließungsantrag des Vorstandes der Bundesärztekammer und forderten die



Fortsetzung von Seite 13

Medizinischen Fakultäten auf, ihre Studenten besser auf die Berufsrealität in der Patientenversorgung vorzubereiten. Auch die Zulassungskriterien zum Medizinstudium sollten nach Ansicht der Delegierten überarbeitet werden. So soll man den Notendurchschnitt nicht „überbewerten“ und stärker persönliche Motivation und soziales Engagement berücksichtigen.

### Engmaschige Bedarfsplanung gefordert

Besonders prekär sei die Lage in den ländlichen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten der Großstädte. Es sei unbedingt erforderlich, die bisherige Bedarfsplanung den zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Dabei unterstützten die Delegierten des Deutschen Ärztetages den Vorschlag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Regionalverbände zu gründen. Vertreter der KBV, der Landesministerien, der Landeskrankenhausesell-



Foto: SCHLITT

schaft, der Landesärztekammer, Krankenhausverbände sowie Patientenvertreter sollen daran teilnehmen.

Darüber hinaus sollen nach dem Willen der Ärztevertreter ärztliche Kooperationsgemeinschaften und Zweigpraxen gefördert werden. Die



Foto: SCHLITT

Harmonie vor neobarocker Kulisse: Semperoper in Dresden

Delegierten hoffen, den Aktionsradius der niedergelassenen Ärzte auf diese Weise vergrößern zu können.

### Priorisierung trotz politischem Widerstand

Während die Ärzteschaft bei der Bekämpfung des befürchteten Ärztemangels mit ihren Vorschlägen bei dem Gesundheitsminister offensichtlich auf offene Ohren stößt, bleibt das Ministerium in Sachen Priorisierung hart und lehnt sie kategorisch ab. Trotzdem klagte Hoppe in seiner Eröffnungsrede über die angeblich bereits vorhandene heimliche Rationierung, der man nur mit der offenen Priorisierung begegnen könne. Die Bundesärztekammer will dabei einen Gesundheitsrat, bestehend aus Philosophen, Theologen, Juristen, Patientenvertretern, Ärzten und Gesundheitsberufen, gründen. Dieser sollte der Politik bei der Auseinandersetzung um die Inhalte der Priorisierung beratend zur Seite stehen.

Das System der gesetzlichen Krankenversicherung sei „objektiv“ unterfinanziert, sagte Hoppe und präsentierte dazu einige Zahlen. Seit Jahren liege der Anteil der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung am Bruttoinlandsprodukt konstant bei rund 6%, sagte er. Der Durchschnitt in den anderen in der OECD organisierten Staaten sei

mindestens 8%. Die Gesundheitskosten pro Kopf wuchsen nach Angaben der Bundesärztekammer seit zehn Jahren nur noch um 1,7%. Das durchschnittliche OECD-Wachstum liege bei 4,1%. Damit belege Deutschland unter 31 Industrieländern der OECD den 30. Platz. „Die Daten beeindruckten den Minister und das Ministerium nicht“, beklagte der Präsident der Bundesärztekammer bei der Pressekonferenz im Rahmen des Deutschen Ärztetages.

Trotzdem wird der BÄK-Präsident nicht müde, für die Priorisierung zu werben. „Die Schere zwischen dem, was wir leisten können, und dem, was wir bezahlen können, klafft immer weiter auseinander“, sagte er in seiner Eröffnungsrede. Deshalb müsse man darüber reden, wie es trotz begrenzter Ressourcen eine gerechte Versorgung geben kann. Bereits im letzten Jahr entrüsteten sich die Öffentlichkeit und die Politik über die Vorschläge des BÄK-Präsidenten. Auch in diesem Jahr erteilte der neue Gesundheitsminister Philipp Rösler den Priorisierungsplänen der Ärzteschaft eine klare Absage: „Eine solche Überlegung kann es in der Gesundheitspolitik niemals geben“. Denn das würde bedeuten, den Mangel gesetzgeberisch festzuschreiben und den Ärzten zu verordnen, welche Behandlung sie zu welchem Zeitpunkt durchzuführen haben. Das habe nichts mehr mit der Freiberuflichkeit zu tun, sagte der Gesundheitsminister in seiner Eröffnungsrede. Und so musste Hoppe feststellen: „Die Vorschläge der Bundesärztekammer zur Priorisierung sind im Bundesgesundheitsministerium nicht erwünscht“.